Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Grundsätzliches. / Bürgerlich-sozialistische Spannungen.

Die „Schweizer Monatshefte" und vor allem der Schreiber dieser Umschau haben zur Zeit Veranlassung sich besonders eingehend mit der schweizerischen Innenpolitik auseinanderzusetzen. Es ist dies nichts Neues. Da jedoch zu andern Zeiten der außenpolitischen Betrachtung in dieser Zeitschrift ein offensichtlicher Vorrang zukam, sind einige grundsätzliche Bemerkungen zu unserer innenpolitischen Haltung wohl angebracht.

Innenpolitische und außenpolitische Betrachtung lassen sich nicht voneinander trennen. Beide Gesichtspunkte müssen berücksichtigt werden, wenn ein umfassendes Bild der wirksamen politischen Kräfte und Zusammenhänge vermittelt werden soll. Man erinnere sich der Bedeutung der faschistischen Revolution für die Wandlungen der italienischen Außenpolitik oder des gegenwärtig fühlbaren Druckes der nationalen Bewegung in Deutschland auf die Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen. Wir verweisen ferner auf die Kämpfe für das erweiterte Ordensverbot und die Zonenabstimmung, die von den „Schweizer Monatsheften" um unserer außenpolitischen Unabhängigkeit willen aufgenommen wurden, aber mit den Mitteln und auf dem Gebiete der Innenpolitik ausgefochten werden mußten.

Was uns nun heute, mehr als früher, auf die innenpolitische Betrachtung weist, das ist die offensichtliche Wendung nach Innen, die die gegenwärtige politische Situation in zahlreichen europäischen Ländern und nicht zuletzt auch in der Schweiz kennzeichnet. Die Gründe, auf denen die Nachkriegspolitik der europäischen Staaten aufgebaut war, das System von Versailles und mit ihm der Völkerbund, haben sich nicht bewährt. Die dringlichsten europäischen Probleme (Abrüstung, Kriegsschulden, Minderheitsfragen, Ostgrenzen, Donauföderation, Verteidigung der europäischen Wirtschaft gegen Asien und Amerika) blieben ungelöst. Enttäuscht ziehen sich die besten Kräfte von Genf zurück, um in der Besinnung auf ihr eigenes Volkstum neue Kraft, fruchtbare Wirkungsmöglichkeiten und Klarheit über die eigene Aufgabe zu gewinnen. Dieser Vorgang wird durch die Krise beschleunigt. Die wirtschaftlichen Nöte sind überall so dringend und die Hoffnungen auf wirksame internationale Aktionen in einem solchen Maße geschwunden, daß den verantwortlichen Staatsmännern für internationales Gerede nicht allzuviel Zeit mehr übrig bleibt. Und noch mehr ist den Völkern selbst die Freude an diesen Dingen vergangen!

Diese Wendung tritt auch in unserem Staatswesen, vor allem in den Verhandlungen unseres Parlamentes, deutlich zu Tage. Aussprachen über bedeutsame außenpolitische Angelegenheiten fehlen seit einiger Zeit. Selbst die längst erwartete Diskussion über den Beitritt der Schweiz zum Lausanner Anleiheprotokoll betreffend Gewährung einer neuen internationalen Anleihe an Österreich — worüber Hans Oehler und Ernst Wolfer im August/September-Heft eingehend berichtet haben — hat vorläufig nicht stattgefunden. So blieb denn die außenpolitische Wirksamkeit der schweizerischen Bundesversammlung während der Dezembersession auf die Genehmigung zweier internationaler Abkommen beschränkt, die unserer bekannten charitativen Tätigkeit nicht schlecht anstehen, aber sicherlich nicht zu den brennendsten Fragen der Zeit gehören: ein Abkommen über Betäubungsmittel und ein anderes über den Walfischfang. Die Walfische passierten den Ständerat zwar nicht ohne Widerstände. Eine Minderheit beantragte Nichteintreten. Sie wollte damit zum Ausdrucke bringen, daß die Schweiz von Genf anderes und mehr erwartet habe als ausgerechnet ein Abkommen über den Walfischfang, dessen Bedeutung schon daraus hervorgehe, daß es „bereits

von 26 Staaten unter der Führung des Königs von Albanien angenommen worden sei". Die Ständeräte Wettstein und Thalmann vermochten indessen der Beratung eine humoristische Wendung zu geben, und unter dem Hinweise, daß die Schweiz schon wegen des Walensees, ihren vielen Wahlen und neuestens auch Kra—wallen sich mit diesem Abkommen befassen müsse, verzichtete der Rat darauf, die Walfische für die Sünden des Völkerbundes büßen zu lassen. Der „Nebelspalter" hat diese Verhandlung trefflich ausgewertet. Ob die dadurch begründete Heiterkeit den politischen Aufwand lohnte, wissen wir nicht. Jedenfalls vermochte sie die Blöße nicht zu verbergen, die bei dieser Gelegenheit zu Tage getreten war.

Wirtschaftskrise und außenpolitische Hemmungen vermögen jedoch die Wendung nach Innen allein nicht zu erklären. Das leidenschaftliche Ringen um die innenpolitische Neugestaltung unserer Nachbarstaaten, das allmählich auch in der Schweiz stärkere Rückwirkungen und eigenständige Parallelvorgänge zeitigt, hat tiefere Beweggründe. Nicht nur die zwischenstaatliche Ordnung Europas ist fragwürdig geworden, auch die innerstaatlichen Verhältnisse zahlreicher Länder sind erschüttert. Die angebliche Wirtschaftskrise, von der so viel geschrieben und gesprochen wird, enthüllt sich immer stärker als eine umfassende Krise unserer gesamten geistigen und gesellschaftlichen Ordnung. Ihre Anfänge liegen viel weiter zurück als die letzte Hochkonjunktur. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sind in Frage gestellt. Neu aufbrechende Bewegungen, wie Bolschewismus und Faschismus, beanspruchen daher nicht nur den Staat, sondern alle Lebensbereiche für sich. Es steht wohl außer Zweifel, daß Europa heute Wandlungen von ungewöhnlichem Ausmaße erfährt. Auch die Schweiz wird sich daher den Fragen, die andern Völkern schon seit Jahren aufs eindringlichste gestellt sind, auf die Dauer nicht entziehen können. Die letzten Wochen, vor allem die Genfer Unruhen und ihre nachfolgende parlamentarische Behandlung, haben das eindeutig gezeigt.

Es geht heute nicht mehr um Teilprobleme. Es geht um das schweizerische Volk und seinen Staat. Es geht letztlich nicht nur darum, wie dieser Staat regiert werden soll, welches seine Verfassung und wer seine Träger sein sollen, sondern um den Fortbestand einer unabhängigen Eidgenossenschaft überhaupt. Allzu groß ist schon die Zahl jener Schweizer, die überzeugt sind, daß es nicht mehr allzu lange beim Alten bleiben werde. Die zahlenmäßig stärkste Partei, die Sozialdemokratie, die mit ihren kommunistischen Gesinnungsfreunden zusammen beinahe 1/3 aller schweizerischen Wähler vertritt, bekämpft grundsätzlich die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. Die Rückwirkung im gegnerischen Lager blieb nicht aus. „Von zehn Schweizern schwärmen zwei für Mussolini und zwei weitere sind mit seinen Methoden halbwegs einverstanden." Die Spannungen wachsen und die Massen drängen zur gewaltsamen Lösung, zumal es an Provokationen nicht fehlt. (Wir erinnern an die von den sozialistischen Stadtratmitgliedern gebilligte Weihnachtsdemonstration der Zürcher Kommunisten am heiligen Abend 1932!) Sollen wir unter solchen Umständen noch länger bei der Betrachtung der äußeren Fassade unseres Schweizerhauses verweilen, obschon die Balken im Innern morsch und die Fundamente brüchig geworden sind?

Die Gestaltung unserer innenpolitischen Ordnung hat aber auch bedeutsame außenpolitische Auswirkungen, die nur selten beachtet werden. Der Weltkrieg ist von Frankreich und seinen Verbündeten im Namen einer Ordnung ausgetragen worden, die zum mindesten dem äußeren Scheine nach auch die unsrige ist. Die herrschende liberal-demokratische Ideologie — nicht die urdemokratischen Grundlagen unseres Volksstaates — ist durch die Philosophie der Aufklärung begründet und durch die französische Revolution erstmals verwirklicht worden. Sie ist seither eine der stärksten geistigen Stützen der politischen Machtstellung Frankreichs geworden. Bundesrat Meyer, den wir in dieser Frage wohl als unbelasteten Zeugen anrufen können, hat in seiner Rede

„Über die Zukunft der Demokratie" am „Ustertag" 1932 auf diese Zusammenhänge hingewiesen. „Als die Ententestaaten," so führte er aus, „im Namen der Freiheit und Demokratie stritten und siegten, schien es, als ob die Verbreitung der demokratischen Ideen unermeßlich zunehmen werde." — Wir allerdings hatten, wie wohl die allermeisten Schweizer, während des Krieges nie das Gefühl, daß die eine oder andere Mächtegruppe für oder gegen unsere Sache, für oder gegen unsere Demokratie gestritten hätte. Heute laufen wir Gefahr, durch das oben dargestellte geistige Abhängigkeitsverhältnis wider Willen in eine Front eingereiht zu werden, die nicht die unsere ist, wenn es uns nicht gelingt, uns von fremden überlebten Ideologien zu lösen und unsern Staat unabhängig aus unserem eigenen historischen und geistigen Besitz zu bauen. Es ist kein Zufall, daß die auf einen innerstaatlichen Neubau gerichteten Bestrebungen gerade in denjenigen Ländern am stärksten sind, die an der Aufrechterhaltung der Ordnung von Versailles kein oder nur ein geringes Interesse haben, während Frankreich auch in diesem Bereiche die Verteidigung des Bestehenden zufällt. Wir werden uns unbeschadet der Achtung, die wir dem westlichen Nachbarn schulden, auch in dieser Beziehung unsere geistige Unabhängigkeit wahren müssen.

Über die Notwendigkeit, eine Lösung der oben beschriebenen innerpolitischen Spannungen zu finden, besteht wohl kein Zweifel. Dem schweizerischen Staate fehlt eine in sich geschlossene, alle Klassen vereinigende staatstragende Schicht, ohne die auf die Dauer vor allem die Demokratie nicht leben kann. Die Volksgemeinschaft, die sich in Zeiten der Not (1914!) bewährt hat und heute tote Phrase ist, muß wieder lebendig werden. Wie dieses Ziel jedoch erreicht werden soll und vor allem in welcher Form der unvermeidliche innenpolitische Kampf dafür aufgenommen werden soll, darüber mögen die Meinungen in guten Treuen auseinandergehen. Hier sind Konflikte mit den Organen des herrschenden Systems, den politischen Parteien rechts und links, unvermeidlich. Sollten wir ihnen ausweichen und die Aussprache über die brennenden Probleme unserer Staatsgestaltung meiden? Nein! Das wäre schnöder Verrat an unserer höchsten Aufgabe, dem schweizerischen Volke und seiner Unabhängigkeit zu dienen. Doch wie soll das geschehen?

Die „Schweizer Monatshefte" werden sich in ihren innerpolitischen Betrachtungen darauf beschränken müssen, das Grundsätzliche der jeweils durch die Tagespolitik aufgeworfenen Fragen schärfer herauszuarbeiten als Parteiblätter und an Parteitaktik gebundene Publizisten es zu tun vermögen. Es gilt, von unabhängiger Warte aus, richtunggebend zu wirken und nicht nur Bericht zu erstatten. Parteipolitik ist unsere Sache nicht. Wo wir uns mit irgend einer Partei auseinanderzusetzen haben, geht es uns weder um ihre Macht noch ihre Anhänger, sondern lediglich um die Grundsätze, die sie verkörpert. Das gilt vor allem auch mit Bezug auf den Liberalismus. Wenn er immer wieder in den Brennpunkt der innerpolitischen Auseinandersetzung gerückt werden muß, so gilt das den liberalen Prinzipien weit mehr, als den Parteien, die sich aus historischen Gründen als „liberal" bezeichnen. Die individualistisch-liberale Lehre ist die Grundlage der gegenwärtig herrschenden Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsverfassung und damit in einem weitesten Sinne auch die Grundlage aller bedeutenderen Parteien, und zwar der bürgerlichen, wie ihrer marxistischen Widersacher. Wir wissen wohl, was wir dem letzten Jahrhundert schweizerischer Geschichte alles zu verdanken haben und wieviel liberales Gedankengut auch in jenen Schweizern weiterwirkt, die sich als Gegner des Liberalismus bekennen. Kein Volk kann seine Vergangenheit verleugnen. Deshalb ist auch unsere Kritik am Liberalismus frei von blindem Ressentiment. Wir halten aber die gegenwärtigen Versuche für verfehlt, alle Gegenwartsforderungen aus einer überlieferten Dogmatik zu rechtfertigen, wie dies beispielsweise Erich Lohner tut, wenn er in der „Politischen Rundschau" (Novemberheft) und „Liberalen

Jugend" (Dezemberheft) unter der Flagge eines „Realistischen Liberalismus" Forderungen verkündet, die uns im einzelnen zwar durchaus sympathisch sind, mit Liberalismus aber wenig oder gar nichts zu tun haben. Es ist unsere Überzeugung, daß die besten jungen Kräfte aus jenen Volkskreisen, die die Schweiz von 1830 und 1848 begründet haben, heute mit andern wiederum zum Neubau unseres Vaterlandes berufen sind, wenn es ihnen gelingt, frei von Vorurteilen sich auf die Gegenwart zu besinnen und diese nach ihren Notwendigkeiten zu gestalten. Aus diesem Grunde aber ist eine Überprüfung aller grundlegenden Begriffe der schweizerischen Innenpolitik und damit auch der herrschenden liberalen Dogmen unvermeidlich. Wir möchten in scharfer, aufbauender Kritik dazu beitragen.

Wie notwendig grundsätzliche Besinnung heute ist und wie selten und oberflächlich sie geübt wird, das zeigte uns mit erschreckender Deutlichkeit die eben abgeschlossene Dezembersession der eidgenössischen Räte. Die Versammlung stund von Anfang bis zum Ende unter dem Eindruck der Genfer Unruhen. Andere Fragen, die noch vor kurzem die Gemüter in Wallung brachten, wie die Lohnabbauvorlage und die verschiedenen Hilfsaktionen für unsere Landwirtschaft und krisenbedrohten Gewerbe, verloren unter diesem Eindruck an Bedeutung, selbst das 70 Millionen-Defizit für 1933! Die üblichen Berichte über Einfuhrbeschränkungen, Kompensationsverkehr und andere wirtschaftlichen Maßnahmen, um die man noch vor Jahresfrist um der bedrohten Handels- und Gewerbefreiheit willen heftig gestritten hatte, wurden beinahe stillschweigend hingenommen. Die Notwendigkeiten unserer Wirtschaft erwiesen sich hier mächtiger als alle verfassungsrechtlichen Bedenken. Um so stärker war die bürgerlich-sozialistische Spannung, die in der Aussprache über das Militärbudget, den Immunitätsfall Nicole und zahlreiche Interpellationen, Motionen und Postulate zum Ausdruck kam, die alle den Genfer Unruhen gewidmet waren und denen ein guter Teil der drei Verhandlungswochen eingeräumt wurde. Erfreuliches und Unerfreuliches kam dabei zu Tage. Gefreut hat uns vor allem die entschlossene Haltung von Bundesrat Minger, die nichts von der bekannten „Sowohl-als-auch-Gesinnung" erkennen ließ, die so viele eidgenössische Politiker kennzeichnet. Bemerkenswert war sodann die Taktik der bürgerlichen Ratsmitglieder in der Aussprache über den Vorschlag des Militärdepartements, indem sie die bekannten Tiraden der Gegner des Wehrwesens unbeachtet ließen und zur Tagesordnung schritten, sobald sich diese ausgeredet hatten. Der sozialdemokratische Redestrom versiegte denn auch schneller als gewöhnlich, da dankbares Publikum fehlte. Erfreulich ist sodann, daß die Mehrzahl der bürgerlichen Ratsmitglieder in beiden Räten nach tagelangem Hin- und Herreden die übliche Reserve verließ und sich zu einer „parlamentarischen Tat" entschloß, indem der Bundesrat eingeladen wurde, „den eidgenössischen Räten auf die Frühjahrssession darüber zu berichten, welche gesetzgeberischen Maßnahmen er vorschlägt, um die bestehenden Lücken in der Gesetzgebung im Sinne eines ausreichenden Schutzes der öffentlichen Ordnung auszufüllen und welche anderen dem gleichen Zwecke dienenden Vorkehrungen er in Aussicht stellt". Die Schüsse von Genf haben offenbar verschiedene schlafende Bürger aus ihrer bisherigen Ruhe aufgescheucht. Die oft zersplitterte bürgerliche Front hat sich wieder einmal gefunden. Für wie lange? Wozu? — Dennoch haben die Freunde einer nationalen Einigung, die sich um unsere Volksgemeinschaft sorgen, wenig Grund, zu frohlocken. Die bürgerliche Front von 1932 ist über jene von 1918 nicht hinausgekommen. Genau wie damals beschwor man auch heute alle guten Geister des Vaterlandes und rief nach einem Umsturzgesetz. Die entscheidenden Fragen jedoch, was zu tun sei, damit die mehrheitlich marxistische Arbeiterschaft sich wieder freudig und willig zu unserm Volke und Staate bekenne, und ob marxistische Lehre und Volksstaat überhaupt vereinbar seien, wurden nicht gestellt und nicht beantwortet. Man beruhigt sich bei dem

Gedanken, daß die gesetzliche Ordnung wieder hergestellt werde und läßt, solange diese wenigstens äußerlich nicht verletzt wird, Kommunisten und Sozialisten gerne in Ruhe, da man ja auch für sich nichts anderes wünscht.

Diese Lässigkeit ist gefährlich. Sie mag uns eine zeitweilige Entspannung bringen, schließt aber die Wiederkehr neuer Zusammenstöße nicht aus und muß letztlich zur Katastrophe führen. Seit Jahrzehnten verzehrt das sozialistisch-bürgerliche Spannungsverhältnis die besten Kräfte unseres Volkes und immer noch ist den bürgerlichen Parteien die erlösende Tat nicht gelungen, die viele von ihnen erwartet haben. Warum?

Man glaube ja nicht, daß es allein am guten Willen gefehlt hätte. Die Klippen, an denen alle Bemühungen scheitern, und eine Aussöhnung der Gegensätze ebenso unmöglich machen, wie ihre Überwindung, liegen tief in der herrschenden Ordnung begründet. Der Liberalismus, der nicht nur im Wesen der freisinnigen Politiker, sondern auch bei den Vertretern der übrigen bürgerlichen Parteien, ja sogar bei zahlreichen rechtsstehenden Sozialdemokraten tief verankert ist, hat uns jene Toleranz gebracht, die das Bürgertum zwingt, seinen Gegner nicht nur zu achten, sondern ihn auch zu dulden, bis es ihm unterliegen muß. Es rächt sich heute die individualistische Staatsauffassung, die im Staate nur die Summe aller Bürger sieht, und ihn daher zwingt, auch jene als seine vollberechtigten Glieder anzuerkennen, die sich nur noch der Form nach und unter Zwang seinen Gesetzen unterwerfen, innerlich aber diesen Staat längst abgelehnt haben. Kein Staat kann aber auf die Dauer also leben. Träger des Staates sind immer nur jene Kreise, die sich vorbehaltlos zu ihm bekennen und alle Opfer für ihn auf sich nehmen. Wer den Staat leugnet, kann nur sein Gegner sein. Mit ihm gibt es kein Paktieren, sondern nur Kampf, Sieg oder Untergang. Das ist das grausame Lebensgesetz eines jeden Staates, dem unser Bürgertum nicht mehr folgen kann. Vielleicht geschieht es aus Schuldgefühl: weil die Bürger wissen, daß der internationale klassenkämpferische Marxismus aus der Unzulänglichkeit der bürgerlichen Gesellschaft selbst entsprungen ist. Vielleicht geschieht es aus Schwäche, weil die führende politische Schicht keine große Aufgabe mehr vor sich sieht, außer der einen, den eigenen Besitz zu wahren. Wahrscheinlich geschieht es auch aus Gründen, die der Gegner selbst setzt. Noch selten erschien die schweizerische Sozialdemokratie so zwiespältig wie in jüngster Zeit. Am 15. Dezember erklärte ihr Parteipräsident Reinhard im Nationalrat, „die Revolution sei unvermeidlich, wenn eine neue Gesellschaftsordnung geschaffen werden solle". Eine Woche später, am 22. Dezember, äußerte er sich am selben Orte, „seine Partei stehe auf legalem Boden, solange ihr das Gesetz dies nicht unmöglich mache". Da aber in der schweizerischen Verfassung für Revolutionen kein Platz ist, fragen wir, wie denn die schweizerische Sozialdemokratie ihre neue Gesellschaftsordnung auf legalem Wege verwirklichen will? Obschon der Widerspruch zwischen der Zielsetzung der sozialdemokratischen Partei und ihrer Solidaritätskundgebung für Nicole einerseits und den häufigen Legalitätsbeteuerungen ihrer Nationalräte in der Bundesversammlung andererseits offensichtlich ist, glauben verschiedene bürgerliche Politiker, vor allem auch Bundesrat Häberli, immer noch, „daß es die richtige Politik sei, die Hoffnungen auf eine Verständigung mit der Sozialdemokratie nicht aufzugeben" („N. Z. Z., Nr. 2431). Wir halten das für Vogel-Strauß-Politik! Es ist möglich, daß die Legalitätsbeteuerungen der Sozialdemokratie nicht nur taktisch begründet sind, sondern auch dem Willen zahlreicher Sozialdemokraten entsprechen. Wer die sozialistischen Funktionäre kennen lernte, wo sie in Amt und Würden sitzen, der weiß wohl, daß von diesen Leuten ein Umsturz nicht zu erwarten ist. Diese Erwägung hat aber zurückzutreten hinter der Einsicht, daß der Sozialismus, so wie er seit Jahrzehnten im Interesse einer ganz bestimmten Klasse gepredigt wurde und auf deren Bedürfnisse

er unabänderlich zugeschnitten ist, nur auf revolutionärem Wege verwirklicht werden kann, weil diese Klasse nirgends die Mehrheit des Volkes umfaßt. Hier liegt ein Grund dafür, daß die sozialdemokratische Partei immer wieder den revolutionär-klassenkämpferischen Weg beschreiten muß, wenn sie nicht sich selbst untreu werden und ihre Stellung nicht an ihre kommunistischen Konkurrenten verlieren will, mag sie auch tausendmal die Verfassung beschwören. Hält man sich also die Lebensnotwendigkeiten eines gesunden Volksstaates einerseits und jene der sozialdemokratischen Partei anderseits vor Augen, so enthüllt sich die bürgerliche Haltung in ihrer ganzen Haltlosigkeit und Halbheit. Es ist wohl begreiflich, wenn der Bund Brutstätten antinationaler und antimilitaristischer Gesinnung nicht mit seinen eigenen Mitteln finanzieren will und die Räte aus dieser Erwägung den Bundesbeitrag an den „Satus" (Schweizerischer Arbeiter-Turn- und Sport-Verband) verweigert haben. Aber es ist ebenso einleuchtend, daß mit solchen Maßnahmen, die von den Betroffenen lediglich als kleinliche Racheakte empfunden werden (Nationalrat Huber, St. Gallen), die Gesinnung, die man bekämpfen möchte, nicht getroffen, sondern eher gefördert wird. Und ebenso genügt es auf die Dauer nicht, dem Gegner in der parlamentarischen Debatte einfach auszuweichen, wie dies bei der Beratung des Militärbudgets geschah. Wenn man in dieser Richtung etwas unternehmen will, was wir grundsätzlich für angebracht halten, dann muß im einen Falle das parlamentarische System, im andern die sozialdemokratische und kommunistische Partei in Frage gestellt und der Weg folgerichtig zu Ende geschritten werden.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um einige grundsätzliche Fragen herauszuheben, die sich aus der gegenwärtigen Spannung zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie für unser Land ergeben und die eine Lösung finden müssen, wenn wir aus der innenpolitischen Erstarrung herauskommen und wieder zu einem lebendigen, von allen Volksschichten getragenen Staate gelangen wollen. Dabei sind wir uns wohl bewußt, daß das angeschnittene Thema sich in den wenigen hier angedeuteten Punkten nicht erschöpft und daß vor allem die Grundfrage hier nicht berührt wurde, was in sozialer Hinsicht zu geschehen habe, damit die heute mehrheitlich international-marxistisch denkende Arbeiterschaft unserm Völkskörper wiederum eingegliedert werde. Davon war im August/September-Heft 1932 (Seite 229 und insbesondere 240) die Rede und wird noch häufig zu sprechen sein, ehe das Ziel erreicht ist. An dieser Stelle ist uns vor allem daran gelegen, gegen das lässige Sich-treiben-lassen Stellung zu nehmen und zur grundsätzlichen Besinnung aufzurufen, damit das Schicksal unserer Volksgemeinschaft nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werde.

Zürich, den 27. Dezember 1932. Robert Tobler.

Zur politischen Lage.

Sowjetrussische Außenpolitik. / Frankreich will Revision der Verträge. / Schleicher.

Rußland hat im Oktober den 15. Jahrestag der bolschewistischen Revolution gefeiert. Alle Voraussagen, die während des Bestandes der Sowjetherrschaft für die jeweils nächste Zeit den Sturz der roten Machthaber anzeigten, haben sich als falsch erwiesen: die Union der Sowjetrepubliken hat bisher nicht nur alle inneren Krisen überwunden, sondern sie hat auch ihre außenpolitische Stellung im Lauf der Jahre mehr und mehr gefestigt. Der Sowjetstaat ist ein Stück sehr fühlbarer Wirklichkeit im Getriebe der Weltpolitik geworden und muß als solches hingenommen werden, mag man sich im übrigen zum Bolschewismus stellen, wie man will. Zwar

gibt es auch heute wieder Stimmen, welche von einem bevorstehenden Sturz Stalins sprechen und die Reise Trotzki's von seinem Verbannungsort im Marmarameer nach Dänemark damit in Zusammenhang bringen. Allein abgesehen davon, daß es sich hiebei um unverbürgte Nachrichten handelt, dürfte ein Blick auf das Verhältnis Rußlands zu den andern Mächten genügen, um die Möglichkeit eines baldigen Umschwungs als äußerst fragwürdig erscheinen zu lassen. Das Instrument der Außenpolitik war den Russen von jeher vertraut. Es wurde in den letzten Monaten von ihnen jedoch so virtuos gespielt, daß Rußlands Stellung heute in weitem Umfang als gesichert erscheint und dem Sowjetstaat jedenfalls von außen für längere Zeit keine Gefahr droht.

Man muß bei der Beurteilung der russischen Politik davon ausgehen, daß die Sowjets für ihren Aufbau im Innern in erster Linie und vor allen Dingen Ruhe brauchen. Rußland kann es sich gegenwärtig nicht leisten, mit einer Großmacht in offenen Konflikt zu geraten. Darüber hinaus bedarf es der Mithilfe ausländischer Mächte, d. h. ausländischen Kapitals, um die ungeheure Umwandlung vom mittelalterlichen Agrarstaat zum modernen Industriestaat durchführen zu können. Längst ist die Idee eines Kreuzzuges für den Bolschewismus und die Verbreitung der Weltrevolution mit Feuer und Schwert in den Hintergrund getreten. Was Rußland heute braucht, sind Maschinen und Devisen. Sein Interesse an der Weltrevolution im allgemeinen und an der Revolution der hochindustrialisierten Länder im besonderen ist gegenwärtig gering, da es mit seinen inneren Angelegenheiten vollauf beschäftigt ist. Aus dieser Situation ergibt sich die Grundlinie der russischen Außenpolitik.

Zunächst ist festzustellen, daß das Verhältnis der Sowjetunion zu England im abgelaufenen Jahr eine gewisse Abkühlung erfahren hat. Der englisch-russische Handelsvertrag ist gekündigt. Mehr: blitzartig ist der zwischen den beiden Mächten bestehende Spannungszustand durch ein Ereignis beleuchtet worden, das bei oberflächlicher Betrachtung in einen ganz andern Zusammenhang hineinzugehören scheint: die Kündigung der englischen Ölkonzession in Persien. Persien gehört zu denjenigen Gebieten Asiens, in denen der englische und der russische Imperialismus unmittelbar aufeinander prallen. Auf diesem heißen Boden besitzt England durch die Anglo Persian Oil Co. einen bedeutsamen Stützpunkt seiner Macht, dessen Verwundbarkeit ihm durch die jüngsten Ereignisse unerwartet in Erinnerung gerufen worden ist. Persien hat rechtswidrig die Ölkonzession gekündigt und damit England den Stuhl vor die Türe gestellt. Wer stand hinter diesem Akt der Unfreundlichkeit? War es wirklich nur das Verlangen der persischen Regierung, statt 16 % des Reingewinns der Gesellschaft inskünftig 24 % zu erhalten? Man wird nicht fehl gehen, wenn man den Schritt der persischen Regierung mit dem Erstarken des Nationalismus in Zusammenhang bringt. Die Völker des Orients und mit ihnen Persien bereiten sich darauf vor, die weißen Fesseln abzustreifen. Zweifellos brechen aber die Fäden, die zur Kündigung der englischen Konzession führten, nicht in Teheran ab, sondern laufen weiter bis nach Moskau. Englands großer Gegenspieler im Orient ist Rußland. Irgendwo und irgendwann muß der geheime Gegensatz einmal zum Austrag kommen. Die Vorgänge in Persien haben für einen Augenblick die Erinnerung daran wachgerufen.

Da die Beziehungen Rußlands zu England nicht die rosigsten sind, lag es der Sowjetunion daran, mit den Gegenspielern Englands in Europa ins Einvernehmen zu gelangen. Zu diesem Zweck schloß es zunächst mit Polen einen Nichtangriffspakt ab. Die Interessen beider Länder erforderten eine Verständigung. Für Polen war es insbesondere die nationalistische Welle in Deutschland, die das Land beunruhigte und ihm die russische Rückendeckung nahelegte, während Rußland andererseits in einem allfälligen Konflikt mit Japan seine Westgrenze gesichert wissen wollte. Der abgeschlossene Nichtangriffspakt bewirkt, daß in einem Konflikt zwi-

schen Polen und Deutschland, der früher oder später kommen muß, wenn nicht die unnatürlichen Grenzverhältnisse im Osten auf vernünftige Weise geklärt werden, Rußland Polen nicht in den Rücken fallen wird. Polen andererseits verpflichtet sich, von einem Angriff auf Rußland abzusehen, wenn dasselbe an irgend einer Stelle seines Riesenreiches in einen Konflikt mit einer dritten Macht hineingezogen werden sollte.

Auch mit Rumänien, seinem andern großen Nachbarn im Westen, suchte Rußland zu einer Verständigung zu gelangen. Bereits waren die Verhandlungen reif zum Abschluß, als Rumäniens gewiegtester Diplomat, Titulescu, sein Veto einlegte und die schön eingefädelte Sache zum Auffliegen brachte. Anlaß dazu bot die bessarabische Frage, die für Rußland immer noch ungelöst ist. Sie sollte im vorgesehenen Pakt durch die Klausel umgangen werden, „daß bestehende Streitfragen durch den Vertrag nicht berührt würden". Titulescu, der die bessarabische Frage überhaupt als rechtlich nicht vorhanden betrachtet, glaubte, daß durch die vorgeschlagene Formulierung Rumänien seine Stellung schwäche, weshalb er das Projekt zum Scheitern brachte. Es dürfte kein Zufall sein, daß Titulescu, als er seinen Vorstoß unternahm, rumänischer Gesandter in London war. Die Vermutung liegt nahe, daß er nicht ohne gewisse englische Zusicherungen und Versprechungen handelte. Bis jetzt stand Rumänien in politischer und finanzieller Beziehung ganz unter den Fittichen Frankreichs. Es scheint, daß das Land Anstrengungen macht, eine Neuorientierung vorzunehmen.

Erlitt die russische Diplomatie in Rumänien eine — allerdings nicht schwerwiegende — Schlappe, so bedeutete der Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Frankreich einen um so größeren Triumph. Schon mit Briand waren die Verhandlungen eingefädelt worden. Tardieu schob das Projekt in den Hintergrund. Erst Herriot zog es wieder hervor und brachte es zum Abschluß. Der Pakt, in dem sich die Vertragspartner verpflichten, bei Streitigkeiten in keinem Fall zum Mittel des Krieges oder irgend eines Angriffs, sei es allein oder zusammen mit andern Mächten, zu greifen, die Unantastbarkeit des Gebietes gegenseitig zu respektieren und bei einem allfälligen Angriff von dritter Seite auf eine der Parteien den Angreifer weder direkt noch indirekt zu unterstützen, ist ein politisches Instrument von allergrößter Tragweite. Es bedeutet nichts Geringeres als den offiziellen Friedensschluß Frankreichs mit dem „sozialistischen" Rußland. Bis jetzt war Frankreich für Rußland die große kapitalistische Macht des Westens, deren ganzes Sinnen und Trachten auf einen Untergang der Sowjets gerichtet war. Es erschien den Russen als der Hort der kapitalistischen Reaktion. Nunmehr hat eine sehr realistische Denkweise hüben wie drüben die Bereinigung der Differenzen gebracht. Vielleicht wird in nicht allzu ferner Zeit der französische Franken wiederum seinen Lieblingsweg nach Osten nehmen, wie es schon unter der Herrschaft des Zaren der Fall war. Auf der andern Seite ist — ein bizarrer Gedanke — die rote Armee Rußlands indirekt zum Hüter der französischen Sicherheit geworden.

War bisher vom Verhältnis der Sowjetregierung zu den europäischen Mächten die Rede — wobei die Beziehungen zu Deutschland und Italien absichtlich nicht erwähnt wurden, da dieselben nach wie vor gut sind —, so soll nunmehr auch der ferne Osten in den Kreis der Betrachtung gezogen werden. Um die außenpolitische Lage der Sowjetunion richtig einzuschätzen, genügt es nicht, lediglich ihre Beziehungen zu England, Frankreich, Italien u. s. w. zu würdigen. Mindestens ebenso wichtig ist das Verhältnis zu China und Japan. In der Mandschurei und an anderen Stellen des chinesischen Reiches greifen die Interessensphären von Rußland und Japan ineinander über. Bis vor einiger Zeit hatte es den Anschein, als ob der alte Streit der beiden Mächte neuerdings entflammen und ein russisch-japanischer Krieg unvermeidlich sein würde. Es gelang jedoch auch hier der Sowjetdiplomatie, den Weg der Verständigung einzuschlagen. Die beiden Mächte ver-

handelten miteinander, was selbstverständlich wieder auf China zurückwirkte, auf dessen Kosten eine russisch-japanische Einigung gehen würde. Die Beziehungen zwischen Rußland und China erkalteten zusehends — bis vor wenigen Tagen plötzlich die große Überraschung eintrat, indem die Sowjetregierung unvermutet die abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu China wieder aufnahm. Mit einem Schlag wurde dadurch das große Spiel, das die Sowjets im fernen Osten spielen, offenbar. Durch eine Verständigung mit Japan würde Rußland Gefahr laufen, es mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu verderben, die bekanntlich große Interessen in China haben und deren großer Gegenspieler im Pazifischen Ozean Japan ist. Da den Sowjets jedoch sehr viel an guten Beziehungen zu U. S. A. gelegen ist, durften sie den Faden mit China nicht abreißen lassen. Durch die Wiederaufnahme der Beziehungen zu China erreichten sie zweierlei: einmal machten sie dadurch eine Verbeugung vor Washington und andererseits gaben sie damit Japan zu verstehen, daß sie im Osten unter Umständen nicht auf Japan allein angewiesen seien. Rußland hat damit zwei Eisen im Feuer. Es ist kein Zufall, daß die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu China in einem Zeitpunkt erfolgte, wo in den Vereinigten Staaten sich der Übergang der Macht von Hoover auf Roosevelt vollzieht. Roosevelt will das Verhältnis Amerikas zu Rußland einer gründlichen Revision unterziehen. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die Wiederannäherung der Sowjets an China als der erste Schritt zu einer amerikanisch-russischen Verständigung, und es braucht keine allzu große Phantasie, um am Horizont bereits den ungeheuren Machtkomplex auftauchen zu sehen, den ein Zusammengehen Rußlands und Amerikas in der Welt bedeuten würde.

So ist die außenpolitische Lage der Sowjetrepublik heute eine denkbar günstige. Sie hat mit rascher Beschleunigung durch die Nichtangriffspakte mit Polen und Frankreich an der Schließung ihres westlichen Sicherheitsgürtels gearbeitet. Im Osten spielt sie Japan und — via China — die Vereinigten Staaten raffiniert gegeneinander aus, sodaß ihre Position in der Weltpolitik mehr und mehr gefestigt erscheint. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diejenigen Länder, die sich bis heute nicht dazu entschließen konnten, die diplomatischen Beziehungen mit Rußland aufzunehmen — und zu ihnen gehört die Schweiz —, sich rasch umstellen müssen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, endgültig und für alle Zeiten vom russischen Markt ausgeschlossen zu sein.

* * *

In Frankreich ist Herriot über die Frage der Schuldenzahlungen an Amerika von der Kammer gestürzt worden. Am 15. Dezember wäre eine Rate fällig geworden. Herriot, der wohl wußte, worum es ging, setzte sich mit der ganzen Wucht seiner Persönlichkeit dafür ein, daß die Verträge eingehalten und die Zahlungen geleistet würden. In einer dreistündigen Rede suchte er die Kammer für seinen Standpunkt zu gewinnen. Allein die Parlamentarier, welche die Stimmung der Bevölkerung in den Wahlkreisen kannten und sich nicht der Volkstümlichkeit berauben lassen wollten, verweigerten ihm die Gefolgschaft. Die Ablehnung der Zahlung an Amerika durch die Kammer war ein Akt von historischer Bedeutung, weil damit das Grundprinzip der ganzen französischen Nachkriegspolitik, die Heiligkeit der Verträge, vernichtet wurde. Scheinbar unbewußt ist die französische Kammer durch ihre Haltung zur Vertreterin eines Rechtsstandpunktes geworden, der seine Begründung in einem über dem Buchstaben stehenden Prinzip der Gerechtigkeit findet. Fortan ist es Frankreich, wenn in Zukunft immer stärker am Versailler Vertrag gerüttelt wird, nicht mehr möglich, sich auf den Wortlaut und die absolute Unantastbarkeit des Vertrages zu berufen, denn Frankreich selbst hat durch sein Kammervotum klar und deutlich zu erkennen gegeben, daß es die Notwendigkeit, einen internationalen Vertrag abzuändern, anerkennt, wenn dessen Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind und die Wirklichkeit seit seinem Abschluß sich ver-

ändert hat. Das starre Prinzip der französischen Nachkriegspolitik ist durch die französische Kammer selbst ad absurdum geführt und damit vielleicht das größte Hindernis zur Behebung unhaltbar gewordener Zustände in Europa weggeräumt worden.

* * *

Noch vor dem Sturz Herriot's war in Genf von den um das Krankenlager der Abrüstungskonferenz herumstehenden Mächten die Zauberformel gefunden worden, die Deutschland die Rückkehr zu den Konferenzarbeiten ermöglichte. Die Formel lautete dahin, daß die Gleichberechtigung Deutschlands „in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet", anerkannt werde. Damit ist natürlich mit Bezug auf die künftige Abrüstung noch nichts erreicht. Es kommt darauf an, was unter dem vorgesehenen System zu verstehen ist. Erst wenn die Einzelheiten zur Behandlung gelangen, werden die großen Kämpfe ausgefochten werden müssen. Allein heute ist zum mindesten soviel erreicht, daß die Konferenz nicht gänzlich resultatlos auseinanderläuft, was bei einem weiteren Fernbleiben Deutschlands der Fall gewesen wäre. Die kommenden Verhandlungen werden zeigen, ob wirklich ein ernstlicher Wille zur Verständigung vorhanden ist, oder ob der Zweck der ganzen Veranstaltung, wie es bis jetzt den Anschein hatte, nur der war, naiven Leuten und gutmütigen Völkern Sand in die Augen zu streuen.

* * *

Der Aktivposten, den der deutsche Außenminister mit der Genfer Formel und der dadurch ermöglichten Rückkehr Deutschlands aus dem politischen Schmollwinkel buchen konnte, kam indirekt dem neuen Reichskanzler von Schleicher zugut. Mit Schleicher ist derjenige Mann ins Rampenlicht der politischen Bühne getreten, der seit Jahren aus dem Hintergrund in entscheidender Weise auf die deutsche Innenpolitik einwirkte. In ihm konzentriert sich, da er nicht nur Kanzler, sondern gleichzeitig Wehrminister ist und damit die Reichswehr in der Hand hält, eine ungeheure Machtfülle. Schleicher hat es jedoch vermieden, als starker Mann aufzutreten. Sein Start erfolgte unter dem Beifall aller derjenigen, die grundsätzlichen Systemänderungen ablehnend gegenüberstehen. Sowohl im Inland wie im Ausland hatte Schleicher eine glänzende Presse. Erleichtert atmete beim Eintritt des preußischen Generals in die politische Arena sogar Frankreich auf, das die brandenden Wogen des Nationalsozialismus mehr fürchtet als die ehemals so geschmähte Militärkaste, in der es heute einen Hort der bürgerlichen Ordnung erblickt. Das Programm Schleichers ist im Gegensatz zu demjenigen Papens so undoktrinär als möglich. Es ist ein Notprogramm, in dessen Mittelpunkt die Frage der Arbeitsbeschaffung steht. Verschwunden sind die Reichsreformpläne, die großen Worte von der autoritär-konservativen Staatsführung und vom Sacrum imperium. Ein nüchterner Taktiker ist an die Stelle des „Ritters ohne Furcht und Tadel", wie Schleicher seinen Vorgänger nannte, getreten. Schleicher schloß zunächst einen Waffenstillstand mit dem Reichstag. Er verständigte sich jedoch auch mit den Gewerkschaften, die von ihm in einer ganz neuen Weise in das aktive politische Geschehen hineingezogen wurden. So steht ihm eine Atempause von mehreren Wochen zur Verfügung, während welcher es sich herausstellen wird, ob die erstrebte Entspannung der innerpolitischen Lage eintritt. Der Nationalsozialismus hat Schleicher schärfsten Kampf angesagt. Doch sind hier Überraschungen möglich, da die Krise, welche die Partei durchmacht, unter Umständen einen Kurswechsel bedingt. Zur Stunde ist alles in der Schwebe. Wir möchten aber den Gedanken nicht von der Hand weisen, daß Schleicher bei Gelegenheit den Dingen eine unerwartete Wendung geben wird.

Schaffhausen, den 25. Dezember 1932.

Rolf Henne.